

Syrien: Kriegspropaganda, Sanktionen und Unterstützung der Terrormilizen beenden!

In den letzten Tagen und Wochen sind die Stimmen, die den Krieg gegen Syrien eskalieren wollen, lauter und aggressiver geworden:

- Die USA haben nach entsprechenden Drohungen die Verhandlungen mit der Russischen Föderation über eine Waffenruhe in Syrien abgebrochen. Während die USA 7-tägige Feuerpausen verlangten, wollte Russland nur 2 Tage, da längere Pausen erfahrungsgemäß zur Umgruppierung und Verstärkung der Terrormilizen genutzt werde.
- Zuvor hatten Syrien und Russland die Beendigung der seit dem 12.09.16 geltenden Waffenruhe festgestellt, nachdem sie von den Terrormilizen mehr als hundert Mal gebrochen wurde, und insbesondere die US-Luftwaffe bei Angriffen auf die Syrischen Armee in Deir ez-Zor am dem 17.09. mindestens 90 syrische Soldaten getötet und 100 weitere verwundet hat, woraufhin die Daesh-Terroristen („IS“) vorrücken konnten.
- Nachdem Russland zur Vermeidung der beklagten Angriffe auf „gemäßigte“ Rebellen deren Schutzmacht wiederholt um Informationen über ihre Stellungen bat, antwortete nun Generalstabschef Dunford: „Wir haben nicht die Absicht, uns mit den Russen über einen Austausch von Geheimdienstinformationen zu einigen.“ Zuvor hatte Außenminister Kerry die Russen gebeten, die Verbündeten von al-Qaeda nicht zu bombardieren.
- Laut Wall-Street-Journal gibt es Pläne in der US-Administration, den verbündeten Terrorgruppen Boden-Luft-Raketen gegen syrische und russische Flugzeuge zu liefern – was einer Kriegserklärung gleichkäme. Ebenso wird wieder eine Flugverbotszone gefordert, die allerdings nicht für die „westliche Koalition“ gelten soll. Außenminister Steinmeier unterstützte die Forderung, obwohl General Dunford erklärt hat, dies würde Krieg gegen Syrien und Russland bedeuten.
- Auch verbal wird aufgerüstet. Die US-Botschafterin Power bei den UN wirft Russland vor, „ein mörderisches Regime“ zu unterstützen und „Barbarei zu betreiben.“ Ohne Beweise wird Russland bzw. Syrien der Beschuss von Hilfstransporten für die Zivilbevölkerung vorgeworfen.
- Zeitgleich ist eine neue Medienkampagne über die verzweifelte Lage der Zivilbevölkerung angelaufen, stellvertretend der „Spiegel“: Die „Lage Hunderttausender Syrer in den von Aufständischen beherrschten Gebieten wird noch verzweifelter. Genau das, was Assad will“; Russland und die syrische Regierung würden gezielt Krankenhäuser, Schulen und Hilfskonvois



angreifen.

Damit soll offenkundig eine mögliche Offensive der US-/NATO-Koalition gegen die Russische Föderation und die legitime syrische Regierung vorab als „humanitäre Aktion“ deklariert werden. Die Sorge um die Zivilbevölkerung ist ohnehin wenig glaubwürdig: Angriffe der kriminellen Banden auf die von der Regierung kontrollierten oder befreiten Viertel, in die sich das Gros der Bewohner geflüchtet hat, werden ignoriert.

Anlass dieser Zuspitzung sind die Erfolge der syrischen Armee in der strategisch wichtigen Stadt Aleppo. Nicht ganz Aleppo befindet im Belagerungszustand, rund 1,5 Millionen Menschen leben in den von der Regierung gehaltenen Stadtteilen, ca. 15% der Bevölkerung Aleppos (zirka 250.000) dort, wo sich die kriminellen islamistischen Banden verschanzt haben. Die Rückeroberung dieser Teile Aleppos würde für die Anti-Assad Allianz das Ende der Hoffnung bedeuten, doch noch einen Regime Change erzwingen zu können.

Entgegen der aktuellen Schuldzuweisungen hat Russland von Anfang an eine deeskalierende Rolle gespielt – im Gespräch mit der vielfältigen Opposition einschl. bewaffneter Gruppen, mit der Unterstützung innersyrischer Gespräche, beim Genfer Abkommen 2012. Diese Bemühungen für den Stopp des Krieges und eine politische Konfliktlösung scheiterten an den Nato-Staaten, die ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung an ihrem völkerrechtswidrigen Ziel eines „Regime Change“ festhalten. Sie machten den „Rücktritt von Assad“ bereits 2011 zur Vorbedingung, als diese Forderung in Syrien noch gar nicht erhoben wurde.

Die seit 2006 aus den USA verdeckt finanzierten regierungsfeindlichen Kämpfer wurden ab2011 durch den Zustrom zehntausender Dschihadisten aus aller Welt verstärkt und erhielten, koordiniert von der CIA und massiv finanziert von den arabischen Golfmonarchien,

große Mengen moderner Waffen. Hunderttausende Tote, zerstörte Städte und Millionen von Inlandsvertriebenen sind bisher die Folge.

Militärisch griff Russland auf Bitten der syrischen Regierung ein, nachdem eine von der Türkei, Saudi Arabien und Katar finanzierte und ausgerüstete „Armee der Eroberung“ im Frühjahr 2015, aus der Türkei kommend in den Norden Syriens einfiel, und weite Teile um Aleppo und Idlib besetzte. Ausgerüstet war diese „Armee“ mit panzerbrechenden TOW-Raketen, die sie von den USA erhalten hatte. Der ehemalige CIA-Mitarbeiter Steven Kelley: „Die USA sind seit jeher der Hauptsponsor und zudem der Schöpfer von Daesh (,IS‘). Die USA werden gar nichts tun, um dabei zu helfen, Daesh loszuwerden und sie werden alles Mögliche tun, um diesen wieder aufzubauen, neu zu bewaffnen, Nachschub und mehr Personal ins Feld zu bringen. Alles, was sie sagen, ist eine Lüge.“

Der Rechtswissenschaftler Reinhard Merkel stellte schon Anfang August 2013 fest „In Syrien sind Europa und die Vereinigten Staaten die Brandstifter einer Katastrophe.“ Die Bundesregierung war von Anfang aktiv an der völkerrechtswidrigen Regime-Change-Politik beteiligt und trägt Mitverantwortung für das Anheizen des Konfliktes. Sie lieferte nicht nur Waffen an die verbündeten Golfmonarchien, die die Söldnermilizen bewaffnen, sie beteiligt sich auch an einem völkerrechtswidrigen Militäreinsatz der westlichen Koalition, für den es weder ein UN-Mandat noch eine Einladung vom souveränen Staat Syrien gibt. Er ist gegen die syrische Souveränität und territoriale Integrität gerichtet, während Russland im Einklang mit dem Völkerrecht die rechtmäßige syrische Regierung unterstützt.

Wer sich um die humanitäre Lage der Zivilbevölkerung Sorgen macht, muss zuerst die 2011 von USA und EU beschlossenen Sanktionen aufheben, mit denen die Bevölkerung zwecks Regime-Change ausgehungert und in Geiselschaft genommen wird. Weder Familienangehörige noch Hilfsorganisationen können Geld nach Syrien überweisen, Elektrizitätswerke, Wasserwerke und Krankenhäuser müssen schließen, weil sie weder Ersatzteile noch Benzin bekommen. Menschen, die vor fünf Jahren noch von ihrer Hände Arbeit leben konnten, werden zu Almsenempfängern degradiert. In dieser Situation klingt auch das Gerede über die Kriegsflüchtlinge aus Syrien nach purer Heuchelei.

Der Krieg in Syrien bricht jedes Völkerrecht, schwächt und instrumentalisiert die UNO. Die Maßnahmen der

westlichen Koalition einschließlich der Bundesregierung gegen Syrien ergriffenen erfüllen nach der Definition der Resolution der VN-Generalversammlung vom 14. Dezember 1974 - A/RES/3314(XXIX) den Tatbestand des völkerrechtlichen Delikts der Aggression. Eine Gleichsetzung dieser völkerrechtswidrigen Politik mit dem Eingreifen Russlands („Auch Russland führt Krieg in Syrien ...“) ist verkehrt, weil es die Aggressoren entlastet und den Völkerrechtsbruch verharmlost.

Wir halten es mit den US-„Veteranen für Frieden“: „Die syrische Regierung hat das Recht, sich gegen die ausländische Aggression zu verteidigen, auch gegen die Pläne der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, einen ‚Regime-Change‘ zu erzwingen.“ Unser Mitgefühl gilt allen Kriegsopfern in Syrien. Aber wir lehnen entschieden ab, ihr Leid als Vorwand für noch mehr Gewalt im Namen vorgegeblicher Humanität zu missbrauchen.

Die Verschärfung der Eskalation kann schnell zu einer offenen Konfrontation mit der Atommacht Russland ausarten und die Menschheit an den Rand einer Katastrophe bringen. Die USA wollen eine militärische Dauerpräsenz in der Region, denn nach Worten ihres Kriegsministers Carter „haben wir dann noch den Iran und andere Probleme im Nahen Osten.“ Neben der Hegemonie über die riesigen Energiereserven bleibt die strategische Schwächung Russlands und Chinas Hauptziel des US-Imperialismus.

In dieser gefährlichen Situation fordern wir von der Bundesregierung

- **Den Einsatz für eine Waffenruhe, die nicht den Terrorgruppen zugutekommt, sondern deren Unterstützung beendet;**
- **Die Einstellung der Rüstungsexporte in den Nahen Osten sowie die Beendigung des Aushungerns des syrischen Volkes durch Aufhebung des Embargos;**
- **Die Abkehr von der westlichen „Regime-Change“-Politik, die Beendigung des Bundeswehr-Einsatzes und die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zur rechtmäßigen syrischen Regierung;**
- **Das Recht des syrischen Volkes zu achten, seine Führung selbst zu wählen und selbst über seine Zukunft zu entscheiden;**
- **Zusammenarbeit statt Konfrontation mit Russland.**

Deutscher Freidenker-Verband, Bundesverband Arbeiterfotografie
Vereinigung für Internationale Solidarität
Frankfurter Solidaritätskomitee für Syrien

Joachim Guilliard, Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg
Claudia Karas, Aktionsbündnis f. einen gerechten Frieden in Palästina
Helene und Dr. Ansgar Klein, Würselener Initiative für den Frieden
Doris und George Pumphrey, Friedensaktivisten Berlin

Freidenker
Deutscher Freidenker-Verband



www.neinzurnato.de